Nr. 76.
Leipzig.
Erscheint außer Sonntags täglich.
Preis vierteljährlich 7 M. 50 Pf. Jede einzelne Nummer 30 Pf.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Dienstag, 1. April 1879.
Inserate sind an die Expedition in Leipzig zu senden.
Insertionsgebühr für die Spaltenzeile 20 Pf., unter Eingesandt 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* **Potsdam**, 29. März nachmittags. Die feierliche Beisetzung des Prinzen Waldemar von Preußen fand heute Vormittag 11¼ Uhr in der hiesigen Friedenskirche statt. Die Leiche des Verstorbenen war in der vergangenen Nacht gegen 2¼ Uhr hier eingetroffen und in der Friedenskirche niedergesetzt worden. Die Wache am Sarge bis zur Beisetzung hielten die Offiziere des 1. Garderegiments zu Fuß. Prinz Wilhelm, Bruder des Verstorbenen, war unter den ersten wachehaltenden Offizieren. Der Sarg war auf einer Estrade über der Gruft König Friedrich Wilhelm's IV. aufgestellt, von Palmen und vier Candelabern umgeben, mit einer weißseidenen, goldbordirten Decke bedeckt, welche mit Blumen und Kränzen ganz übersäet war. Die Krone ruhte auf dem Kopfende des Sarges, vor ihr der Degen, die Schärpe und die Handschuhe des Verblichenen. Hinter dem Kopfende des Sarges hatten der Hofmarschall Graf Eulenburg, rechts von dem Sarge der Oberst Mischke und der Erzieher des Prinzen Lieutenant Dr. Delbrück, links von dem Sarge Oberst v. Derenthall vom 1. Garderegiment zu Fuß ihren Platz eingenommen. Zur Theilnahme an der Beisetzungsfeierlichkeit waren sämmtliche Minister, die Generalität, der Oberpräsident Dr. Achenbach, die Spitzen der Behörden, der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher von Potsdam, die Commandeure sämmtlicher hier garnisonirenden Regimenter und sämmtliche Offiziere des 1. Garderegiments zu Fuß in der Kirche erschienen. Um 11¼ Uhr traten unter Vorantritt des Hofmarschalls Grafen Perponcher die allerhöchsten Herrschaften in die Kirche ein; die Kaiserin, geführt von dem Kronprinzen, die Großherzogin von Baden, geführt von dem Prinzen Wilhelm, welchen sich Prinz und Prinzessin Friedrich Karl, die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, der Großherzog von Baden, die Prinzen Albrecht und Georg von Preußen, Prinz August von Württemberg, der Erbprinz von Meiningen, der Prinz Wilhelm von Baden, [illegible] Prinz von Ruhla, der Erbprinz und Prinz Friedrich von Hohenzollern anschlossen. Der Domchor eröffnete die Feier mit dem Gesange „Was Gott thut, das ist wohlgethan". Sodann sprach Prediger Persius das Eingangsgebet, worauf die Gemeinde und der Chor zusammen den Choral „Was Gott thut, das ist wohlgethan, dabei will ich verbleiben" anstimmten. Hierauf hielt der Oberconsistorialrath Hof- und Domprediger Dr. Kögel die Trauerrede, welcher er als Text das Vaterunser zu Grunde gelegt hatte. Sodann erfolgte die Einsegnung der Leiche, worauf der Chor und die Gemeinde das Lied „Wenn ich einmal soll scheiden" anstimmten. Während der Einsegnung wurden von der bei der Kirche aufgestellten Artillerie dreimal 12 Kanonenschüsse abgefeuert. Im Marlygarten vor dem Atrium der Kirche war die Leibcompagnie des 1. Garderegiments zu Fuß mit der Fahne und dem Musikcorps aufgestellt und machte die Honneurs. Unter den Klängen der Orgel schloß gegen 12 Uhr die tiefergreifende Trauerfeierlichkeit.

* **Potsdam**, 29. März nachmittags. Nachdem bei der heutigen Trauerfeierlichkeit die allerhöchsten und höchsten Herrschaften die Kirche verlassen hatten, erschien Ihre kaiserl. königl. Hoh. die Frau Kronprinzessin an der Hand ihres Gemahles und verrichtete ein kurzes Gebet am Sarge, der alsdann in die Sigismund-Kapelle gebracht wurde.

* **Straßburg**, 29. März. Nach einem Erlaß des Oberpräsidenten werden die Bekanntmachungen von Elsaß-Lothringen, welche bisher auf Grund der Verordnungen des Generalgouverneurs vom 9. Sept. und 18. Oct. 1870 in der Straßburger Zeitung veröffentlicht wurden, künftig in der Gemeindezeitung für Elsaß-Lothringen und in den Amtsblättern veröffentlicht werden.

* **Wien**, 29. März. Das Fremdenblatt bemerkt: „Nachdem die gemischte Occupation principiell angenommen, betreffen die schwebenden Verhandlungen die Stärke des einzelnen Contingents und die Vertheilung derselben im ostrumelischen Gebiete, sowie die Haftbarkeit für die Kosten."

* **Wien**, 30. März. Es wird amtlich bestätigt, daß die Zustimmung der Pforte zur gemischten Occupation Ostrumeliens noch [illegible] Es verlautet, Deutschland habe das Project zugestanden, die active Theilnahme an der Occupation jedoch abgelehnt. Die Neue Freie Presse behauptet, die Russen sollen die Nordgrenze, die Türken die Südgrenze Ostrumeliens besetzen, die innere Provinz [illegible] den Oesterreichern, Italienern und Engländern. [illegible] verlautet, die internationale Commission erhalte eine Controle über die Truppen und werde bis zur Gouverneurwahl die Stelle der Landesregierung vertreten, auch mehrfach eingetretene Differenzen discutiren; die Verhandlungen werden kaum so bald beendigt sein.

* **Wien**, 30. März. Die Montags-Revue schreibt: „Der Vorschlag Rußlands, die Vollmachten der europäischen Commission in Ostrumelien zu verlängern und dem von der Pforte einzusetzenden Gouverneur zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ein gemischtes Truppencontingent zur Verfügung zu stellen, darf als von allen Mächten im Princip angenommen betrachtet werden."

* **Wien**, 30. März. Ein petersburger Brief der Montags-Revue widerspricht der Nachricht, daß russische Truppen an der gemischten Occupation Ostrumeliens theilnehmen sollen. Ebenso wenig wäre die Theilnahme türkischer Truppen zulässig. — Serbiens Haltung in der Handelsvertragsfrage macht hier den schlimmsten Eindruck. Serbien hat Oesterreich einen Meistbegünstigungsvertrag angeboten, anstatt bevorzugter Stellung. Ein energisches Auftreten Oesterreichs ist zu erwarten.

* **Budapest**, 29. März. Das Oberhaus hat heute den Gesetzentwurf betreffend die Inartikulirung des Berliner Vertrages ohne Debatte angenommen.

* **Rom**, 28. März abends. Bei der in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer fortgesetzten Berathung des Einnahmebudgets erläuterte der Minister Depretis nochmals das finanzielle Programm des Ministeriums. Derselbe bezeichnete die von Minghetti beantragte Tagesordnung wol als logisch, aber überflüssig, und erklärte sich schließlich für die Annahme der von Crispi amendirten Motion Cairoli's. Die Abg. Cairoli und Crispi sind hiermit einverstanden, worauf Mordini, Nicotera und Ercole ihre resp. Tagesordnungen zurückziehen. Alsdann wird, nachdem die Motion Minghetti's von der Kammer verworfen, unter namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 88 Stimmen die von Cairoli beantragte Tagesordnung mit dem Amendement Crispi's angenommen.

* **Rom**, 29. März. Wie der Italie berichtet wird, hat die zur Prüfung des Eisenbahnbetriebes eingesetzte Commission gestern Vormittag eine Sitzung abgehalten, in welcher der Bericht Laporta's über den Rückkauf der römischen Bahnen verlesen wurde. Die Commission votirte einstimmig eine Tagesordnung, in welcher die Nothwendigkeit des Rückkaufes anerkannt, zugleich aber der Regierung angerathen wird, den gegenwärtigen Betrieb aufrecht zu erhalten, um der Commission zur Prüfung des Eisenbahnbetriebes im Königreiche volle Freiheit zu sichern. — General Corte, ehemals Präfect von Palermo, ist zum Präfecten von Florenz ernannt worden. — Die Königin Victoria ist gestern um 5 Uhr in Baveno eingetroffen.

* **Rom**, 29. März. Die Gazzetta ufficiale meldet, daß der König die gegen Passanante erkannte Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt hat.

* **Rom**, 30. März. Wie der Esercito meldet, wäre statt des zum Militärattaché in Berlin ernannten Obersten Orero der Generalstabshauptmann Bicino [illegible] sion für die Regulirung der Balkangrenze [illegible] stimmt worden.

* **Versailles**, 29. März abends. In der [illegible] Sitzung des Senats legte der Senator [illegible] den Bericht der Commission für Berathung der [illegible] lage betreffend die Rückverlegung der Kammern nach Paris vor. Von seiten der Rechten wurde die Verlesung des Berichtes verlangt. Von seiten der Linken wurde diesem Verlangen widersprochen. Die Majorität des Senats entschied sich indeß schließlich für die Verlesung. Der Bericht entwickelt die Gründe, die dafür sprechen, daß der Sitz der Kammern in Versailles bleibe und daß keine Veränderung der Gesetzgebung vorgenommen werde. Der Bericht schließt demgemäß damit, daß der Antrag auf Einberufung des Congresses abzulehnen sei. [illegible]

Die fünfte parlamentarische Soirée beim Reichskanzler.

Das Deutsche Montags-Blatt schreibt aus Berlin vom 30. März:

„Die gestrige fünfte und letzte Soirée beim Reichskanzler war eine der besuchtesten, belebtesten und interessantesten der Saison. Von seltenen Gästen bemerkte man den Feldmarschall Moltke und den Staatsminister Delbrück; von Reichsboten viele Nationalliberale und Conservative, darunter v. Stauffenberg, v. Bennigsen, Weigel, Blum, Völk, Lucius, Graf Bethusy, v. Kleist-Retzow, v. Marschall; vom Centrum Bernards und Forcade de Biaix. Präsident v. Forckenbeck hatte sein Ausbleiben durch Kopfweh entschuldigt. Aus der Künstlerwelt waren die beiden Persönlichkeiten geladen, die in diesem Augenblick am meisten mit dem Namen Bismarck's zusammen genannt werden: der Bildhauer Schaper, dessen Bismarck-Statue am 1. April enthüllt werden wird, und der Maler Lenbach, der in diesem Augenblick den Reichskanzler malt. Aus der berliner Schriftstellerwelt wiederum war Paul Lindau der Ehre einer Einladung gewürdigt worden, neben ihm war die Presse durch Hrn. Herbert Tuttle, den Correspondenten der londoner Daily News, vertreten.

Der Reichskanzler war besonders aufgelegt und [illegible] Die ihm aus London von [illegible] Lord Beaconsfield zutheil. [illegible] zu seinem Zollprogramm [illegible] besonders animirte Stimmung [illegible] Dem Botschafter, münchener Hofbräu [illegible] hatte sich in den Treibhauszimmern des Wintergartens eine Gruppe gebildet, bald im Saale, überall war der geschäftige Wirth zur Stelle.

Unter andern wurde des neulich vom Abg. v. Bühler gestellten Abrüstungsantrags Erwähnung gethan. Als zuerst der Reichskanzler diesen Antrag eingehändigt erhalten, habe er bemerkt, daß das ein sehr schöner Gedanke sei, wenn nur erst eine der andern Mächte den Anfang mit der Abrüstung machen wollte. «Das Geld für die Militärausgaben könnten wir schon gut gebrauchen», erwiderte der Reichskanzler, «namentlich um unsere Unterbeamten besser zu dotiren.» Der Reichskanzler ließ durchblicken, daß dies eine der ersten Aufgaben der Regierung sein werde, wenn sie sich im Besitz der nöthigen Reichseinnahmen befinden werde, und es schien, als wollte der Reichskanzler andeuten, daß wegen der schlechten Dotirung eine Anzahl solcher Beamten bis vor kurzem für Candidaten der Socialdemokratie gestimmt hätten.

Nicht wenig fiel die lange Unterredung zwischen dem kleinen lebhaften Hrn. v. Kleist-Retzow und dem bedächtigen Präsidenten v. Bennigsen auf. Der Reichskanzler beobachtete die Gruppe einige Zeit und machte diesem tête-à-tête gegenüber die scherzhafte Bemerkung: «Man lese es an ihren Gesichtern ab, daß jeder den andern halb überzeugt zu haben glaube.»

Fürst Bismarck berührte unter andern auch das Thema, ob man nicht die englische Parlamentssitte bei uns einführen solle, erst nach dem Diner die Parlamentssitzungen abzuhalten. Der Vormittag und Mittag müsse zur vollen Muße für die Arbeit und Vorbereitung freigelassen werden, das Anhören und Reden halten seien Geistesarbeiten zweiten Grades. [illegible] nicht, daß in noch dem Dinner abzuhaltenden Parlamentssitzungen jene Leidenschaft der Debatte [illegible] schlossen bleibe, die wolle er auch [illegible] wissen, ebenso wenig wie die Ungeduld. [illegible] Diner würde sich bei der Discussion [illegible] denschaft entwickeln und würden sich auch die Parteien besser untereinander vertragen. Das Verdrießliche, Erregte, die Verstimmung, welche die Debatten am Vor- und Nachmittag an sich tragen, würde nicht platzgreifen, der ganze Ton würde ein coulanterer und dadurch auch das Verhältniß der Regierung zu den einzelnen Parteien ein besseres werden.

In besonders guter Laune war der Generalpostmeister Stephan trotz des kleinen Checs vom letzten Freitag im Reichstage; nach Stephan's Aeußerungen zu schließen ist er der Ansicht, daß sein ausgearbeitetes Gesetz über das Güstertarifwesen doch schließlich in seinen Hauptprincipien zur Annahme gelangen werde. Auch Fürst Bismarck besprach den Zwischenfall im Reichstage und meinte, daß die Frage, ob die dem Generalpostmeister vom Vicepräsidenten v. Stauffenberg zutheil gewordene Rüge zulässig sei und ob man solche dem Präsidenten zugestehe, nach eingenommenem Diner viel milder zu beurtheilen sei als vor Tisch.

Es wurde bemerkt, wie der Reichskanzler im Vorbeigehen dem Abg. Schmegans herzlich die Hand drückte und ihm versicherte, daß sie [illegible] natürliche Verbündete seien und dieselben Aufgaben in den Reichslanden zu erfüllen haben. Wenige Schritte davon sah man den Unterstaatssecretär Herzog sehr vergnügt darüber, daß in der gestrigen Sitzung der Antrag des